

Danziger Zeitung.

No 9997.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Reiterbagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Zeitspalt über deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1876.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 17. October. Der „Reichsanzeiger“ schreibt: Alle Zeitungen erwähnen einer Depesche, in welcher die russische Regierung ihre Ablehnung des von der Pforte vorgeschlagenen sechsmonatlichen Waffenstillstandes mittheilt. Der Text des betreffenden Telegramms d. d. Livadia 2./14. October lautet, ins Deutsche übersezt: „Wir halten einen Waffenstillstand von sechs Monaten nicht für notwendig oder nicht für günstig für den Abschluß des dauernden Friedens, welchen wir wünschen. Wir sind nicht im Stande, auf Serbien und Montenegro einen Druck auszuüben, um ihre Zustimmung zu einer so beträchtlichen Verlängerung ihrer ungewissen, schwierigen Lage herbeizuführen. Endlich finden wir, daß die schon unerschöpfliche finanzielle und kommerzielle Situation Europas unter einem solchen Aufschub noch mehr leiden würde. Wir müssen auf einem Waffenstillstand von vier bis sechs Wochen, wie ihn England ursprünglich vorgeschlagen, bestehen, vorbehaltlich einer weiteren Verlängerung desselben, wenn der Gang der Verhandlungen die Nothwendigkeit einer solchen darthut.“

Konstantinopel, 16. Oct. In Folge der Opposition Rußlands gegen einen sechsmonatlichen Waffenstillstand herrscht in der hiesigen Regierungskreisen große Unentschiedenheit. — Galet Pascha ist zum Handelsminister, Ponsouf zum Unterrichtsminister und Djewdet anstatt Khalis zum Justizminister ernannt worden. — Das Journal „Bassire“ ist unterdrückt.

Elbinger Briefe in Bezug auf die Theilung der Provinz Preußen.

Wer sich bemüht hat, mit ruhigem Blute die Gründe abzuwägen, welche theils für, theils gegen die Theilung unserer Provinz sprechen, dem wird es schwer, die Leidenschaftlichkeit zu begreifen, mit welcher diese höchst wichtige, aber den Bereich der administrativen Zweckmäßigkeit doch in keinem Punkte überschreitende Frage nicht bloß von publicistischen Klopffechtern, sondern auch von der Mehrzahl solcher Männer behandelt wird, die doch sonst eine ehrliche Ueberzeugung auch mit ernst gemeinten, würdigen Worten zu vertreten wohl befähigt sind. Die Erregung der Gemüther ist eine derartige, daß man das Del nicht in ein wellenschlagendes Wasser, sondern in ein loderndes Feuer gießen würde, wollte man die an dem Brande Schuldigen, so wie Art und Maß ihrer Verschuldung schon heute rückhaltlos bezeichnen. Nur das Eine Wort darf ich nicht zurückhalten: *Utiac intra muros peccatur et extra.*

Außerdem halte ich es für meine Pflicht, vor gewissen falschen Freunden gerade diejenigen zu warnen, die, eben so wie ich, im Gegenzug gegen die Mehrzahl meiner Elbinger Mitbürger, die administrative Theilung der Provinz für eine gute

und zweckmäßige, durch die neuen Selbstverwaltungs-Gesetze sogar schlechthin notwendig gewordene Maßregel halten. Die falschen Freunde sind vornehmlich jene mißgeheffene Art von politischen Agitatoren, denen es vollkommen gleichgültig ist, ob unsere Provinz getheilt oder ungetheilt, ob sie gut oder schlecht verwaltet wird, die aber die Parteinahme gerade für die Theilungsbestrebungen an manchen Orten als ein vortheilhaftes Mittel betrachten, um bei den bevorstehenden Wahlen die liberale Partei zu spalten und damit einen fruchtbarer Boden für ihre angeblich „conservativen“, sei es agrarischen, sei es anders sich benennenden Sonderinteressen zu gewinnen. So meinen sie, in unserm, dem Elbing-Marienburger Wahlkreise, zwar gegen den einen der beiden liberalen Candidaten, gegen Wisselind in Marienburg nichts ausrichten zu können, weil auch die Elbinger liberalen Gegner der Theilung fest entschlossen sind, ihm ihre Stimme zu geben. Dagegen glauben sie in Vertreter des anderen Candidaten, des Elbinger Wiedwald, ein leichteres Spiel zu haben. Sie glauben nämlich in den ihnen direct oder indirect zugänglichen Kreisen — mit welchem Rechte lasse ich dahingestellt — die Meinung erwecken zu können, als ob es jetzt für einen Westpreußen kein wichtigeres Interesse in der Welt gebe, als eben die Trennung von Ostpreußen.

Außerdem suchen sie denen, die durch sie behört werden sollen, noch einzureden, daß Jeder, der im Provinzial-Landtage gegen die betreffende Resolution gestimmt habe, es zugleich für seine Pflicht halten müsse, auch für jede spätere Erfahrung, und, wenn er Mitglied des Abgeordneten-Hauses ist, auch in diesem gegen alle besseren Gründe vollständig taub zu sein. Sie verschweigen es, und oft wider besseres Wissen, daß auch in unserm Provinzial-Landtage thatsächlich kaum der eine oder der andere seiner Mitglieder daran denkt, ein „up ewig ungebeet“ auf seine Fahne zu schreiben. Wahrscheinlich ist es der Graf zu Dohna-Schlobitten ganz allein. Er freilich glaubte in seiner Rede „constatirt“ zu haben, daß es überhaupt keine Gründe für die Theilung gebe, er hat aber damit nur constatirt, daß er für seine Person sie eben nicht kennt. Die anderen Gegner der Resolution dagegen haben mit hinlänglicher Deutlichkeit zu erkennen gegeben, daß in Zukunft auch sie sehr wohl für die Theilung sich entscheiden könnten, daß sie aber jetzt die Sache noch nicht für spruchreif halten. Wir dagegen meinen, daß sie allerdings schon spruchreif wäre, wenn man, und zwar auf beiden Seiten, keine anderen, als nur die wirklich entscheidenden Argumente vollständig und mit derjenigen Klarheit vorgebracht hätte, die mit einer leidenschaftlichen Gemüthsstimmung freilich nur selten sich verträgt. Es muß aber ganz entschieden erwartet werden, daß die Männer unseres Vertrauens auch in den erregtesten Momenten nie vergessen,

daß die Interessen des Staats weit über denen der Provinz und nicht minder die der gesamten Provinz weit über denen der einzelnen Theile derselben stehen. Auch werden wir den nicht für einen guten Bürger halten, der bei den bevorstehenden Wahlen die Interessen unseres Vaterlandes und den weiteren Fortschritt auf der Bahn einer freisinnigen inneren und äußeren Politik, so weit es auf seine Wahlstimme ankommt, Preis giebt, nur damit gerade keine Ansicht über die zweckmäßigste Gestalt der Provinzial-Verwaltung einen Vertreter mehr im Abgeordneten-Hause finde.

Deutschland.

× Berlin, 16. October. Die Reichsregierung wird etwaige Anregungen auf Erlaß einer Militär-Strafprozeßordnung damit beantworten, daß die bezügliche Vorlage lediglich deshalb verzögert worden, weil man das Erscheinen einer bürgerlichen Strafprozeßordnung abwarten wollte, um den Entwurf in grundsätzliche Uebereinstimmung mit einer solchen zu bringen, und daß daher gleichfalls in der ersten ordentlichen Session des neuen Reichstags die Vorlegung einer Militär-Strafprozeßordnung zu erwarten sei. — Der Fürst von Fürstberg und mit ihm einige Ständesherrn haben sich mit einer Eingabe an den Bundesrath gewandt, in welcher sie um Aufnahme von Bestimmungen in die Einführungs-Gesetze zu den Justizgesetzen zu Gunsten der Reichsunmittelbaren bitten. Der Reichsjustizcommission haben gleichlautende Eingaben von 22 Ständesherrn vorgelegen, die Beschwerde über den Entwurf des Gerichtsverfassungsgesetzes führen, der den eriminten Gerichtsstand der Ständesherrn in Civilsachen, die bestehende Gerichtsbarkeit in den Ständesgebieten, und das Recht, bei Prozeßen und Eidesleistungen sich durch ihre Beamten vertreten zu lassen, beseitige. Gleichzeitig protestirten die Ständesherrn, daß der fürstlichen Familie Hohenzollern eine andere Rechtsstellung durch die Entwürfe eingeräumt sei, als ihnen. In der Commission trat Abg. Reichenperger als Referent für die Rechte der Ständesherrn ein und beantragte die Aufnahme eines neuen Paragraphen in den Einführungs-Gesetzen, der jedoch von der Commission abgelehnt wurde. Dort erklärte Director v. Arnberg im Namen des Bundesraths, daß die Gründe der Sonderstellung der fürstlichen Familie Hohenzollern im preussischen Staatsrecht und in der engen Beziehung dieser Familie zum Kaiserhause liegen. Es liege kein Bedürfnis vor, die civilproceßualen Vorrechte der Ständesherrn aufrecht zu erhalten. In der Beibehaltung der standesherrlichen Vorrechte würde eine Ausdehnung derselben gegenüber den Bundesstaaten liegen, in welchen sie nicht bestehen. Die Commission adoptirte den Entwurf, wonach in Ansehung des Landesherren und der Mitglieder der landesherrlichen Familie, sowie der

fürstlichen Familie Hohenzollern die Bestimmungen des Gerichtsverfassungsgesetzes nur in soweit Anwendung finden, als nicht besondere Vorschriften der Hausverfassungen oder der Landesgesetze abweichende Bestimmungen enthalten. Vom Vorsitzenden der Commission wurde ausdrücklich constatirt, daß unter Staatsgerichten nur die Gerichte des deutschen Reiches, Elsaß-Lothringens und der in § 1 der Reichsverfassung aufgezählten Staaten zu verstehen seien.

— Der Nachricht, daß die Reichsregierung beabsichtige, demnächst zu der Einziehung der Silberthaler überzugehen, wird von einem Correspondenten der „Allg. Ztg.“ widersprochen. Die Reichsregierung verlangt nicht die Vollmacht, die Silberthaler außer Kurs zu setzen, sondern die in ihren Kassen sich anhäufenden Thalerstücke in Reichsilbermünzen umprägen zu dürfen. Die Einziehung der alten 5- und 10-Groschenstücke wird ebenfalls nur möglich sein, wenn der Betrag der überhaupt auszuprägenden Reichsilbermünzen erhöht wird. Gegen die Befürchtung, daß durch die Erhöhung der Maximalgrenze um 5 Mark für den Kopf der Bevölkerung eine Ueberschwemmung des Verkehrs mit Reichsilbermünzen herbeigeführt werden könne, spricht der officiell constatirte Umstand, daß in den Reichskassen sich gerade die den Goldmünzen gleichstehenden Thalerstücke, nicht aber Reichsilbermünzen anhäufen. Jene Zurückweisung der Thalerstücke ist übrigens ein schlagender Beweis für die Schnelligkeit, mit der das Markstück sich eingebürgert hat. Sollte der Bundesrath dazu übergehen, die Silberthaler zu Reichsilbermünzen zu degradiren, so wäre zu befürchten, daß der Verkehr diese Thalerstücke noch in viel größerem Umfang als bisher ausgeben würde. Die Reichskassen wären alsdann gezwungen, die Silberthaler in Masse gegen Gold einzulösen, ohne daß die Reichsregierung dieselben anderweitig verwenden könnte.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 16. October. Der hier anwesende Flügeladjutant des Czaren, Hr. Tschakoff, hat mit Andrassy conferirt. Die Anwesenheit Tschakoffs wird mit der neulich gemeldeten Nachricht von einem zweiten Handschreiben des Czaren an den Kaiser Franz Joseph in Verbindung gebracht. Die diplomatischen Kreise glauben an die Existenz eines zweiten Handschreibens.

Frankreich.

Paris, 15. Oct. Die orientalischen Angelegenheiten nehmen fast ausschließlich die Aufmerksamkeit des Publicums in Anspruch. Beinahe die gesamte französische Presse erkennt an, daß die Türkei die besten Absichten an den Tag gelegt habe, eine friedliche Lösung der Wirren herbeiführen zu helfen und desavouirt ganz entschieden die Motive, welche nach vorgelegter Auffassung des russischen Cabinets, der Türkei bei dem Anerbieten des sechsmonatlichen statt des sechs-

Sitzung des anthropologischen Vereins zu Danzig am 4. October 1876.

1) Der Vorsitzende Herr Dr. Lissauer, welcher durch die Neuwahl abermals auf 2 Jahre mit der Führung der Vereinsgeschäfte betraut wurde, gab zunächst einen kurzen Ueberblick über die zahlreichen Ausgrabungen der verschiedenen Mitglieder während des vergangenen Sommers, welche in den nächsten Sitzungen im Zusammenhange zum Vortrage gebracht werden sollen, und legte dann einen Theil der neu eingegangenen Geschenke vor.

2) Herr Bölsche-Czapeln hatte den Inhalt eines heidnischen Grabes aus Schwamsee bei Lauenburg in Pommern, bestehend aus einem schiffelförmigen Messer, einer Pinzette, einer langen Nadel und einem Schwerdknopf aus Bronze, Herr Professor Lampe einen Steinhammer, welcher von Herrn Herrmann in Schwarzwald bei Pr. Stargard gefunden, Hr. Geh. Rath Abegg einen schönen Feuersteinnucleus aus Rügen, Frau Rosoll 3 Broncecelle, 3 Negler und 1 Steinhammer aus Tempelhof der Sammlung des Vereins geschenkt.

3) Herr Rosmad hatte in Jitzkau 7 Steinlisten untersucht, von denen Urnen nur 2 erhalten wurden, darunter eine Gefäßurne, welche sich durch einen großen Bronzering um den Hals vor allen bisher gefundenen auszeichnet. Herr Mannhardt hatte 3 sehr interessante Urnen, darunter 2 Gefäßurnen, für die Sammlung requirirt, über welche derselbe in einer späteren Sitzung ausführlich sprechen wird; ebenso waren vom Herrn Landrath v. Stumpfeld aus Culm und Herrn Mellien aus Groß Morin zahlreiche Geschenke eingegangen, welche für die prähistorische Erforschung unserer Provinz von hoher Wichtigkeit sind und daher in besonderen Vorträgen behandelt werden sollen.

4) Hierauf erstattete der Vorsitzende Bericht über die wichtigsten Arbeiten der neueren anthropologischen Literatur. Bekanntlich hatten die skandinavischen Archäologen seit Jahren die Lehre verbreitet, daß die Entwicklung der nord-europäischen Cultur deutlich 3 große Abschnitte erkennen lasse, welche nach dem zu verschiedenen Zeiten vorherrschenden Material der Waffen und Werkzeuge das Stein-, Bronze- und Eiseneralter genannt wurden. Diese Namen sollten aber nur die äußere Signatur für die 3 Epochen bilden, während die innere Berechtigung zu jener Dreitheilung aus einer Reihe von wesentlich verschiedenen Charakteren deducirt wurde. Jene Lehre nun, bisher von den Archäologen aller Völker wie ein Dogma angesehen, wird von den deutschen Gelehrten Lindenschmidt und

Hofmann in der jüngsten Zeit bekämpft und zwar, wie die letzten Hefte des Archivs für Anthropologie zeigen, mit einer außerordentlichen Hefigkeit.

Die Gründe der deutschen Gelehrten sind vorwiegend technische, naturwissenschaftliche und daher zwingende. Es setzt die Kunst der nordischen Bronzen, sagt Lindenschmidt, zu viel technische Virtuosität voraus, als daß dieselbe unvermittelt aus dem Steinzeitalter oder überhaupt aus rohen Zuständen herauswachsen konnte, wie man dies in Copenhagen und Stockholm lehrt; ja Hofmann bestreitet nicht nur, daß die nordischen Bronzen ohne Benutzung von gehärtetem Stahl verfertigt werden konnten, sondern weist auch nach, daß das Eisen überall leichter aus den Erzen zu gewinnen und zu härten sei, als das Kupfer. Entwerfer müssen also alle nordischen Bronzen von anderswoher (Italien) importirt sein oder die Bewohner der baltischen Küsten benutzten in der sogenannten Bronzezeit auch bereits das Eisen, in beiden Fällen würde die Dreitheilung nicht haltbar sein, zumal auch in vielen Gräbern der sogenannten Steinzeit Eisen gefunden worden.

Die Gründe der skandinavischen Forscher dagegen sind rein archäologische. Es fanden sich nicht nur Tausende von Gräbern, welche Beigaben von ganz einheitlichem Charakter enthielten und dann auch gleiche Sitten der Bestattung zeigten, sondern die Beigaben, soweit sie aus Bronze hergestellt sind, verrathen auch einen so eigenthümlichen Kunststil, wie derselbe in den gleichzeitigen Gräbern der Länder des Mittelmeers, von woher doch die Bronzen nach dem Norden importirt sein sollen, nicht vertreten ist; man sieht ferner unter den nordischen Funden eine so große Menge von unfertigen Waffen und Geräthen, von Bronzebarren, von Gußformen und Geräthen, daß die Vorstellung einer Bronze-fabrication an Ort und Stelle sich gleichsam von selbst aufdrängt.

Indessen müssen alle diese archäologischen Gründe vor der einen Thatsache zurücktreten, daß es eben nicht möglich ist, gute Bronzen ohne den Gebrauch eines guten Stahls herzustellen und man wird daher fernerhin die Gräberfunde nicht mehr nach einer Bronze- und Eisenzzeit trennen dürfen; es wird nun aber vieler neuer Untersuchungen bedürfen, um den allmählich fortschreitenden Einfluß der Mittelmeervölker auf die Völker des Nördens in den Gräberfunden der prähistorischen Zeit nachzuweisen und schrittweise zu verfolgen.

Daß übrigens Anfänge zu einer eigenen Bronze-Industrie im Norden schon früh gemacht wurden,

gibt Lindenschmidt zu, und ergiebt sich auch aus einer Untersuchung von Fräulein Westorf in Kiel, nach welcher bereits im ersten Jahrhundert unserer Zeitrechnung in Holstein schon ein achtungswerthe Metallindustrie getrieben wurde. Es sind dort nämlich aus dieser Zeit Bronzegürtel von eigenthümlicher Technik gefunden worden, wie ähnliche bisher nirgends bekannt worden sind.

In der Kraniaologie hat die jüngste Zeit zwei bedeutende Arbeiten von Hölder und Virchow gebracht. Hölder verfuhr es, aus einem reichen Material von fast 1000 Schädeln alter und neuer Zeit, ungefähr 50 Schädeltypen aufzustellen, welche sich im Laufe der Zeit aus der Vermischung der drei wohlcharakterisirten ursprünglichen Rassenformen, der dolichocephalen germanischen und den beiden brachycephalen, der samarischen (slavischen) und turanischen (tartarischen) allmählig in Württemberg herausgebildet haben. Dabei stützt er sich nur auf anatomische Charaktere ohne Rücksicht auf die Eintheilung der vergleichenden Linguistik, welche für die physische Ethnologie mit Recht vollständig verworfen wird.

Endlich hat Virchow in den Schriften der Berliner Akademie Studien über einige Merkmale niederer Menschenrassen am Schädel veröffentlicht, welche für die vergleichende Ethnologie von hoher Wichtigkeit sind. Die Bildung eines Stirnfortsatzes an der Schlafenschuppe, durch welchen der große Keilbeinflügel von der Berührung mit dem vorderen unteren Winkel des Scheitelbeins vollständig abgeschnitten wird, ist constant beim Gorilla und Chimpanze, seltener beim Orang-Utan, am seltensten beim Menschen. Unter den letzteren aber zeichnen sich einzelne Rassen vor anderen entschieden durch die Häufigkeit jener Bildung aus. Während Virchow bei keinem der arischen Race angehörigen Stämme diesen Fortsatz gefunden, kam derselbe bei den Magyaren und Finnen einerseits und bei den Australiern, Melanesiern und Malayen andererseits häufiger vor.

Ebenso constatirt Virchow, daß die Persistenz der Quernaht an der Hinterhauptschuppe durch das ganze Leben hindurch, wie dies bei den Nagern gewöhnlich ist, in der That eine Eigenthümlichkeit der alten Peruaner und dann der Malayen sei, endlich, daß jene platte, schmale und kleine Form der Nasenbeine, wie sie bei den Affen der alten Welt allgemein beobachtet wird, unter den Menschen besonders den Malayen der Sunda-Inseln eigen sei, welche schon durch die Häufigkeit des pitheloiden Stirnfortsatzes kraniaologisch ausgezeichnet sind.

5) Hierauf hielt Hr. Oberbibliothekar Dr. Döpler einen ausführlichen Vortrag über Wilhelm Mannhardt's Werk „Der Baumkultus der Germanen und ihrer Nachbarstämme.“ Mannhardt geht bei seinen mit außerordentlicher Gelehrsamkeit angelegten Forschungen, deren Resultate in diesem Werke niedergelegt sind, nach einer ganz neuen Methode vor, indem er die naturwissenschaftliche Forschungsweise mit den benährten Grundsätzen der philologischen und historischen Kritik verbindet, die erstere bei allen unmittelbar aus dem Volksmund geschöpften, die letzteren bei allen literarisch vermittelten Ueberlieferungen anwendet. So entwickelt er uns in den vielen Gebräuchen und Sagen, welche er aus der unerschöpflichen Fundgrube des lebendigen Volksglaubens oder aus der Literatur mit unendlichem Fleiße gesammelt hat, aus ihnen selbst den zu Grunde liegenden Gedanken und die übereinstimmenden Züge. Das vorliegende Werk speciell beschäftigt sich mit einem Theile der mythischen Gestalten, Anschauungen und Gebräuche, welche aus der Vorstellung einer „Beseelung des Baumes“ hervorgegangen sind, einer Vorstellung, deren verschiedene Entwicklungsstufen im Volksgeheimniß noch vielfach neben einander erhalten sind und mannigfache Verbindungen untereinander eingehen. Auf der Entwicklung dieser Grundanschauungen beruht ein nicht geringer Theil des Glaubens und Brauches der europäischen Völker und zwar sowohl der nord-europäischen Stämme als der Hellenen und Italier. Die nord-europäischen Ueberlieferungen von den Baum- und Waldgeistern sind es, welche der erste Band des umfangreichen Werkes in dieser Weise behandelt; bei der Eigenartigkeit und dem Reichthum des Stoffes, welcher vielfach in das Leben eingreift (z. B. Maibaum, Weihnachtsbaum, Schmacholder, ruthe u. s. w.) müssen wir es uns versagen, hier einzelne Beispiele auszuführen, da ein kurzes Referat nicht im Stande ist, eine Anschauung von den scharfsinnigen Erläuterungen des Verfassers zu geben; wir stimmen aber dem Redner vollständig zu, wenn er zum Schluß seines Vortrages sagte: „wenn, wie Virchow jüngst ausgesprochen, es Aufgabe der Anthropologie ist, sich um die Sitten, Culte, Gebräuche untergegangener Völker und Stämme, oder solcher, die im Ableben begriffen sind, zu kümmern, ihnen nachzuforschen, sie durch Sammlungen festzuhalten, dann hat Verfasser sich durch dieses Werk ein bedeutendes Verdienst um die anthropologische Forschung erworben.“

wöchentlichen Waffenstillstandes sowohl als auch bei Aufstellung der in die Form von Wünschen geformten vier Punkte maßgebend gewesen wären. Die „Republique française“ schreibt: „Die Bedingungen, welche den Waffenstillstandsvorschlag der Türkei begleiten, scheinen uns nichts zu enthalten, was als etwas Außerordentliches anzusehen wäre. Unter gewöhnlichen Umständen würde man die Propositionen der Türkei ganz natürlich finden und wir halten die Bedingungen der Pforte für selbstverständlich und höchst annehmbar. Unglücklicherweise ist es jedoch nicht unmöglich, daß aus diesen Propositionen, von denen man glauben sollte, sie müßten den Frieden sichern, eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten erwachsen könnte, die sich dann leicht über die Europäische Türkei hinaus erstrecken dürften.“ Das „Journal des Débats“ läßt sich folgenbereits vernehmen: „Wir sind überrascht von der Logik, mit welcher die ottomanische Regierung seit einiger Zeit eine Politik der Weisheit und der Umsicht entwickelt, die ungleich geschickter ist, als die diplomatischen Combinationen, in denen ihre Gegner sie zu fangen suchen. Auf alle Anforderungen, welche Europa an sie stellt, erteilt sie regelmäßig die Antwort: das ist mein Recht, das sind die Ansprüche, welche mir bestehende Verträge gewährleisten, frei und offen unterbreite ich dieselben den Mächten und überlasse es ihnen, dieselben in Betracht zu ziehen und zu entscheiden, ob sie berechtigt sind, indem ich mich ohne Rücksicht ihrem Urtheile unterwerfe.“ „Le Monde“ hält die Lage für so gespannt, daß der große Krieg nicht wird vermieden werden können, während der „Moniteur universel“ nicht so schwarz sieht und die Bedingungen der Pforte als Detail-Garantien hinstellt, gegen welche im Grunde gar nichts einzuwenden ist. — Es verlautet, daß Mac Mahon eine Botschaft an die Kammer richten werde, worin der jetzige Stand der orientalischen Angelegenheiten entwickelt werden soll; in dem dürfte, wie gewöhnlich, erst im letzten Augenblick ein fester Entschluß über das Erscheinen einer Botschaft gefaßt werden. „La Defense sociale et religieuse“, das Organ Dupanloup's fährt in ihrer Polemik gegen den Präsidenten der Republik mit einer Unerschämtheit fort, die mit der Aussicht auf gänzliche Straflosigkeit wächst. Sie schüttet ihren ganzen Haß gegen das jetzige Cabinet aus und wirft den liberalen Mitgliedern desselben vor, „daß sie die Gesetze verlegen, sich mit den grimmigsten Feinden der Kirche und Gesellschaft verbünden, die Regierung dem Einflusse der Feinde des Marfchalls preisgeben und daß sie dem Marfchall über kurz oder lang sein Schwert entwenden werden.“ Die „Republique française“ bemerkt dazu: „Seit der Annahme der Constitution vom 25. Februar, ist nichts in der Tagespresse geschrieben worden, was die gerechte Beurtheilung von Seiten der öffentlichen Meinung in gleichem Maße herausgefordert hätte.“ Die „Defense“ bemüht sich, die Regierung zu desorganisiren, die Harmonie zu stören, welche unter ihren Mitgliedern herrscht, sie hebt den Präsidenten gegen seine Minister, gegen die Deputirten-Kammer, gegen das Vaterland auf. Nachdem wir endlich mit Beihilfe gemäßigter ehrlicher Männer die Republik erlangt haben, um das Vaterland gegen die Wiederkehr politischer Stürme zu schützen, werden wir niemals zugeben, daß es erlaubt sei, an der Festigung eben dieser Republik zu arbeiten, und seit einiger Zeit schon ist dies der Plan, den die „Defense“ verfolgt. Wir lassen den Präsidenten ganz außer Frage, denn sein Charakter, seine constitutionelle Stellung, wie seine Vergangenheit bringen ihn aus dem Bereich dieser erbärmlichen Angriffe, aber das parlamentarische Cabinet, für welches das Prinzip der Solidarität und Ministerverantwortlichkeit keine bloße Formel sein darf, muß doppelte Anstrengungen machen, um nicht etwa den Glauben Platz greifen zu lassen, die reactionäre Politik der „Defense sociale et religieuse“ habe auch nur die geringste Aussicht auf Erfolg.“ — Der Hauptkampf wird sich in den Kammern allem Anschein nach um innere Fragen drehen. Die Anhänger de Broglie's hoffen Marcere zu schlagen und so das Cabinet stürzen zu können. Nach der Sprache ihrer Blätter zu urtheilen, werden ihnen die Bonapartisten dabei rechtlich zur Hand gehen. — Es verbreitet sich hier das Gerücht, die Türkei sei Willens auch einen sechs wöchentlichen Waffenstillstand anzunehmen; doch war etwas Bestimmtes darüber bisher nicht zu erfahren. Wie der „Temps“ berichtet, haben bis jetzt 370 österreichische Aussteller ihre Theilnahme an der Weltausstellung von 1878 angemeldet.

England.

London, 15. October. Die Wochenblätter besprechen die politische Lage als eine sehr ernste. So spricht sich namentlich die „Saturday Review“ sehr entschieden aus. Die einzige wirkliche Bedrohung des europäischen Friedens scheint ihr von Rußland auszugehen, welches ein doppeltes Spiel spielt. Die Grundzüge des internationalen Rechtes seien gerade von derjenigen Regierung offen verletzt worden, die unlängst eine Konferenz zur Milderung der Kriegsnöth berufen habe, und die russischen Zeitungen, welche bisher genaue Indicationen der Regierungspolitik zu geben pflegten, dürften offen Krieg gegen Oesterreich, sowie gegen die Türkei predigen. Und dennoch habe keine Regierung Rußland irgend einen plausiblen Grund zum Kriege geliefert, ebensowenig, wie es sich bemühe auch nur den geringsten Vorwand dazu, außer der modernen Lehre ethnologischen Mitgeföhls, zu erfinden. Der „Spectator“ hat wenig Vertrauen zu den neu aufgetauchten Konferenzprojecten, wie er auch in dem neuorgeschlagenen Waffenstillstand nichts Anderes als eine sechsmonatliche Vorbereitungsfrist für den Krieg erblickt, welchen der „Economist“, der von seinem finanziellen Standpunkte aus der Türkei, die ihre Renten nicht mehr zahlen kann, die Berechtigung zur Existenz abspricht, für ein reinigendes Gewitter hält. Der „Economist“ warnt die englische Regierung, ja nicht aus übertriebener Werthschätzung des Friedens für das Gedeihen Europas sich auf Abmachungen einzulassen, aus denen später ernste Gefahren erwachsen könnten.

Türkei.

PC. Brod (Bosnien), 11. October. Die Insurgentenschaar des Despotismus, welche schon durch Desertion sehr reducirt war, hat aus Serbien wieder Zugang und einige Kanonen erhalten und macht sich seitdem wieder bemerkbar. — Heute langte hier die Nachricht ein, daß bedeutende Kämpfe, 8 Kilometer weit vom Orte Dunawa,

unweit Bijewo, zwischen Insurgenten und Türken stattgefunden. Ein sehr heßer Kampf, der nicht weniger als 9 Stunden dauerte, entpinn sich am 6. October hart vor dem türkischen Dorfe Kufko-Blato. Dieser Ort zählt bei 400 Häusern und wird nur von Türken bewohnt. Eine Abtheilung der Schaar des Obersten Despotitsch, unter Anführung des Jafitsch, in der angeleglichen Stärke von 650 Mann, griff die ihnen entgegenrückenden Türken, die aus einem Bataillon Neditsch und einem Tabor Bafchi-Bozuts bestanden, an. Die Insurgenten führten zwei Geschütze mit, und setzten mit diesen den Türken, die über gar keine Artillerie verfügten, arg zu. Der Kampf blieb aber bis 6 Uhr Nachmittags unentschieden, um diese Zeit begannen die Bafchi-Bozuts sich auf das Dorf Kufko-Blato zurückzuziehen, und gaben somit das Signal zur allgemeinen Retirade. Die Insurgenten verfolgten den Gegner und trieben ihn aus dem Dorfe hinaus, welches in Flammen aufging. Die Nacht machte dem Kampfe ein Ende. — Ein viel bedeutenderes Treffen lieferte Despotitsch persönlich den Türken beim Dorfe Lisani, welches von ihnen verkannt wurde. Die Türken hatten hier drei Kanonen und eine Escadron Cavallerie. Die Insurgenten ihrerseits agirten hier gleichfalls mit mehreren Geschützen. Die Schanzen wurden nach einem sehr blutigen Kampfe, der viele Opfer auf beiden Seiten kostete, von den Insurgenten genommen, eine türkische Kanone wurde demontirt, eine eroberten sie. Auch eine beträchtliche Quantität Munition wurde von den Aufständischen erbeutet, welche sich gegen Abend des Dorfes Lisani bemächtigten. Despotitsch steht einige Kilometer weit von Giewno, welcher Ort indessen durch eine starke türkische Garnison vor einem Handstreich gesichert ist.

Serbien.

PC. Belgrad, 11. Oct. Die Unterstützungs-Comités in Rußland wenden anhaltend ihre Aufmerksamkeit den militärischen Bedürfnissen Serbiens zu. Dem früheren Mangel an Offizieren ist schon seit dem 1. September abgeholfen, zu welchem Zeitpunkte die Zahl der russischen Offiziere im serbischen Heere bereits 479 betrug. Bald darauf lenkte Tschernajeff die Aufmerksamkeit der Comités auf den dringenden Bedarf an geschulten Unter-Offizieren und zur Stunde sind 592 russische Unter-Offiziere, von welchen die Hälfte mit Tapferkeits-Medailles decorirt ist, in die Morava-Armee allein eingetheilt. Die letzte Bücke, welche auszufüllen war, bot die Cavallerie. In den letzten vier Wochen sind 1800 Kosaken, theilweise mit prächtigen Donischen Pferden versehen, eingetroffen, welche der türkischen Cavallerie, ja selbst den als vortreffliche Reiter-Soldaten bekannten Tscherkesen vollkommen ebenbürtig sind. Endlich wurde auch die Artillerie berücksichtigt. Dieselbe hat bekanntlich während des Feldzuges sich durch ihre Trefflichkeit ausgezeichnet. Trotzdem gestattet das geringe Caliber des serbischen Materials es nicht, größere Wirkungen zu erzielen. Auch in dieser Hinsicht ist jetzt theilweise Hilfe geschaffen. Aus Moskau sind zwei Batterien Mitrailleur nach dem System Calibers hieher gebracht worden. Gestern wurden sowohl die Mitrailleur wie die Geschütze nach Deligrad abgeschickt, wo sie von russischen Artilleristen bedient werden sollen. Heute wurde eine schwere Batterie unter Commando zweier russischer Offiziere zur Jbar-Armee abgeschickt. Der russische Lieutenant Muffin-Buschkin, ein Verwandter des berühmten russischen Dichters Buschkin, hat sich durch die Sprengung einer von den Türken über die Morava geschlagenen Brücke glänzend ausgezeichnet, und wurde dafür heute vom Fürsten mit dem Capitäns-patente überreicht. Gleichzeitig soll er Commandant der Soenie Kosaken werden, welche die Leibwache des Fürsten im Hauptquartiere bilden wird. — Graf Dersbachoff, ein bekannter Kosaken-Offizier, soll den Oberbefehl über die Cavallerie bei der Drina-Armee übernehmen. — Ueber Rumänien sind in den letzten Tagen überaus beträchtliche Quantitäten an Munition hier eingetroffen. Ebenso langten auf diesem Wege 12 Kisten mit Säbeln und 22 000 vortreffliche Gewehre hier an.

Danzig, 18. October.

* [Stadtverordneten-Sitzung am 17. October.] Vorsitzender: Herr Commerzienrath Bischoff; als Vertreter des Magistrats sind anwesend die Herren: Oberbürgermeister v. Winter, Bürgermeister Medbach und die Stadträthe Fuß, Hirsch und Strauß.

Von einem Dankschreiben des Hrn. Stadtschreibe Riebarth für die ihm in voriger Sitzung gewährte Gratification von 150 M. nimmt die Versammlung Kenntniß. Der Magistrat macht der Versammlung Mittheilung über den mit Ende d. J. erfolgenden Ablauf der Wahlperiode von 20 Stadtverordneten und über die für diese wie für zwei vor Ablauf der Wahlperiode aus der Versammlung geschiedene Stadtverordnete vorzunehmende Ergänzung, welche nach § 21 der Städte-Ordnung im November erfolgen muß. Die Wahltermine sind, wie schon erwähnt, auf den 3., 4. und 6. November für den 1., 2. und 3. Bezirk der dritten Wahl-Abtheilung, den 13. November für die zweite und den 20. November für erste Wahl-Abtheilung festgesetzt und sollen von Morgens 9 bis Nachmittags 4 Uhr abgehalten werden. Etwaige Nachwahlen werden für die drei Bezirke der dritten Abtheilung am 7., 8. und 10. November, für die zweite Abtheilung am 17. und für die erste Abtheilung am 24. November stattfinden. Als Wahllokal ist der Rothe Saal des Rathhauses in Aussicht genommen. Für jeden dieser Wahltermine ist nach § 24 der Städte-Ordnung ein Wahlvorstand einzusetzen, der aus einem Magistratsmitgliede als Vorsitzendem und zwei Stadtverordneten als Beisitzern besteht. Die Versammlung nimmt von der Vorlage Kenntniß und befragt diejenigen Mitglieder, welche als Beisitzer resp. deren Stellvertreter zu fungiren haben.

Es folgt hierauf die von uns ebenfalls schon erwähnte Angelegenheit wegen Erwerbes der Mottlauerwache und Austausch von Straßenterrain auf der Niederstadt zwischen der Stadt und dem Militäriscus. Indem der Magistrat den dieserhalb mit dem Militäriscus vereinbarten Recces zur Genehmigung überreicht, bemerkt derselbe: Nach Inhalt des Recces gelange die Stadt in das Eigentum der Mottlauerwache und sei damit die Möglichkeit gegeben, denselben eine Fahrstraße längs der Mottlau herzuerrichten. Nach Inhalt des Recces werde nun zwar der obere Theil der Mottlauerwache dem öffentlichen Verkehr zu entziehen sein, allein durch die in Aussicht genommene und in dem Recces gesicherte Verbreiterung, Regulirung und Pflasterung der Langgarter Hintergasse werde für das Aufzugebende ausreichender Ersatz gewonnen. Magistrat spricht schließlich die Uebergangung

aus, daß dieses Abkommen im wesentlichen Interesse der Stadtgemeinde liegt. — Hr. Reichenberg erhebt die Vermuthung, die Vorlage an den Magistrat zurückzugeben mit dem Ersuchen, derselbe möge aus Rensene mit dem Militäriscus in Verhandlungen treten, um denselben zu bewegen, daß er auch auf der anderen Seite der Wallstraße das fast bis an das Mottlau-Ufer vorpringende Terrain abtreibe und den Abstieg des Balles zur Herstellung der Uferstraße nach der Kaiserl. Werft gestatte. Rechner motivirt diesen Antrag damit, daß durch den in Rede stehenden Recces der Militäriscus größere Vortheile erlange, als die Stadt, daß auch die Abschließung des oberen Theils der Hühnergasse für den Verkehr sehr empfindlich sei, zumal wenn man daran denke, daß einst die Wälle an jener Stelle fallen könnten, so daß es dann auf einer erheblich weiten Strecke an einem Ausgange aus der Stadt fehlen würde. — Hr. Oberbürgermeister v. Winter entgegnet, daß die Herstellung einer Ufer-Fahrstraße nach der Kaiserlichen Werft ein Zukunftsgebanke sei, an dessen Verwirklichung schon jetzt heranzugehen der Magistrat um so weniger Veranlassung habe, als das Bedürfnis mit unabwieslicher Dringlichkeit sich noch nicht geltend mache und die Durchführung jenes Projectes einen Kostenaufwand von vielleicht ein Paar Hunderttausend Thalern erfordern würde, denn behufs Ausführung jenes Projectes sei eine Verbindung mit dem Ust. Graben zu schaffen, es sei der Walldurchschnitt auf Kosten der Stadt herzustellen, es seien Brücken über die Rabanne und den Festungsgraben zu bauen u. s. w. Allerdings werde innerhalb des Magistrats an manche Details dieses Zukunftsprojectes gedacht und suche man allmählich Hindernisse, die denselben entgegenstünden, zu beseitigen. Magistrat sei indessen nicht geneigt, der Zukunft diese Sorge abzunehmen. Sollte es später einmal dazu kommen, dann sei aber auch garricht daran zu zweifeln, daß der Militäriscus bereitwillig den Durchschuß des Balles an jener Stelle gestatten werde, so daß diese Angelegenheit mit dem vorliegenden Recces, der ein augenblickliches Verkehrshindernis beseitige, eigentlich nichts zu thun habe. Reinenfalls eigne sich derselbe als Basis für Verhandlungen über die künftige Uferstraße. Mit der Hoffnung, die Wälle auf der Niederstadt fallen zu sehen, dürfe man sich noch in langer Zeit nicht tragen, da die Festlegung der Festung gegen die Niederung hin allen fortificatorischen Rücksichten geradezu widerspreche würde. Der Stadtrath Hirsch fügt noch hinzu, daß der durch das vorliegende Abkommen auf Seiten der Stadt erzielte Vortheil doch nicht so gering sei, als Hr. Reichenberg ihn zu veranschlagen scheine. Das an die Stadt übergebende Grundstück Mottlauerwache habe ein Areal von 600 □ Metern, außerdem erhalte die Stadt für die Termindifferenz noch 3000 M. baare Entschädigung. Die abzuliegende Strecke der Hühnergasse werde für den öffentlichen Verkehr nur sehr wenig beengt, auch werde mit Regulirung der Langgarter Hintergasse für denselben eine bequemere Straße geschaffen. Hr. Reichenberg glaubt, daß er mißverstanden sei. Er habe nur darauf hingewiesen, daß der Schwerpunkt des Anspruchs sich auf die Seite des Militäriscus neige, da derselbe seinen Grundbesitz arrondire. Er glaube daher, daß derselbe jetzt leichter zu Concessionen in Bezug auf den Wall-Abstieg bei Mottlauerwache geneigt sein werde, als später. — Hr. Stadtrath Hirsch bemerkt, daß die Erzielung dieses Abkommens sehr schwierig gewesen und die Verhandlungen darüber ein volles Jahr geschwebt hätten; auch sei der Gesichtspunkt nicht außer Acht zu lassen, daß man einem so großen industriellen Etablissement, wie die Artillerie-Verfäbrt sei, welche Hunderten von Arbeitern Beschäftigung gewähre, entgegenkommen müsse, da der Militäriscus ja nicht daran gebunden sei, solche Anstalten gerade in Danzig zu haben. — Nachdem noch die Herren Gilsone und Breitenbach die Magistrats-Vorlage als eine sehr günstige geschildert hatten, wurde dieselbe einstimmig unverändert angenommen. (Der Antragsteller selbst ließ kein Bedenken fallen.)

Ein Abkommen mit dem Kaufmann Andreas Bosanisch zu Kielau, wonach derselbe an die künftige Arbeitshaus-Verwaltung den zum Zerklündern Seitens der Häuser bestimmten Holzbedarf zu liefern und für das auf dem Hofe der Anstalt lagende Holz pro Klafter 30 S. Lagergeld zu entrichten hat, wird genehmigt; ebenso der Verkauf einer 5/10 □ Ruthen großen Fläche von dem städtischen Grundstücke der ehemaligen Feuerbude in der Wüchensgasse für 1800 M. an den Kaufmann Ferdinand Zacharias und die Vermietung zweier Flächen von resp. 8 und 14 □ Ruthen an denselben für jährlich 150 M. Pacht auf 3 Jahre. Die der Stadtgemeinde gehörige Matternfruchtampe bei Smitthof wird vom 1. Mai 1877 ab pachtlos. Es ist dieses Grundstück, welches einen Flächenraum von 30,75 Hectaren enthält, für die nächstfolgenden 9 Jahre in 16 einzelnen Parzellen auszugeben. Es ist dabei ein Gesamtgebot von 2516 M. 50 S. erzielt worden, während der bisherige Pachtzins für das Gesamtgrundstück nur 1426 M. 70 S. betrug. Der Magistrat empfiehlt die Annahme dieser Pachtgebote, die mit wenigen Ausnahmen von Einwohnern Statthof's abgegeben sind. Die Versammlung beschließt dem Antrage gemäß. Desgleichen genehmigt dieselbe die Verpachtung der vor dem Divaerthore, rechts von der Allee belegenen Landparzelle von 83 Ar 43 Quadrat-Meter auf 6 Jahre für jährlich 36 M. an den Zimmermeister Hoffmann (früher Pachtzins 15 M.), die Verpachtung des dem Lazarath gehörigen Grundstücks vor dem Divaerthore Nr. 6 auf 6 Jahre an Herrn Alexander Amort für einen jährlichen Pachtzins von 285 M. (früherer Pacht 228 M.), ferner die Verpachtung der beiden Seegize bei Weichelmünde mit Einschluß der Berechtigung resp. Verpflichtung zum Aufstellen von Baderuben am dortigen Ostseestrande auf 5 Jahre an den bisherigen Pächter Gastwirth Adolf Helling für die jährliche Pacht von 75 M. (bisherige Pacht 225 M.) Zur Uebertragung des Pachtrechts auf den sog. Pollackswinkel (Gr. Plehnendorfer Außendeich) von dem bisherigen Pächter Stamm an den Gastwirth Carl Stobbe zu Siegestraße, sowie zur Prolongation des mit dem bisherigen Pächter Gustav Brodmer geschlossenen Pachtvertrages bezüglich der dem Lazarath gehörigen Grundstücke zu Odra, sog. „Dof“ und Alshut'sches Grundstück, (Pachtzins 1583 M.) auf ein ferneres Jahr erteilt die Versammlung ihre Zustimmung.

Das stets steigende Bedürfnis nach neuen Schullocalen hat sich neuerdings auch auf der Rechtsstadt immer lebhafter bemerkbar gemacht. Die Bemühungen des Magistrats, ein größeres Schulgebäude auf der Rechtsstadt zu errichten, sind jedoch an dem Mangel ausreichend großer disponibler Grundstücke gescheitert. Der Magistrat hat deshalb in Aussicht genommen, die Volksschüler der Rechtsstadt theils der neuen Schule auf dem Petrichhof, theils den Schulen der Altstadt zuzuwenden, und zwar der Ersteren die Schüler aus den zwischen dem Vorstadt, Graben und der Heiligengeistgasse belegenen Straßen, den Altstädtischen Schülern die zwischen der Heiligengeistgasse und dem Ust. Graben wohnenden Schüler. Um dies System durchzuführen, ist die Errichtung eines neuen 14klassigen Schulgebäudes auf der Altstadt im dringenden Bedürfnis und soll deshalb der Bau desselben unverzüglich begonnen werden. Ausreichendes Terrain ist auf den der Commune gehörigen Grundstücken Hakelwerk No. 10, 11 und 12, welche vor einigen Jahren zu diesem Zwecke angekauft wurden, vorhanden. Dieselben bilden ein regelrechtes Viereck von 90 1/2 Fuß Frontlänge (am Hakelwerk) und 20 1/2 Fuß Tiefe. Das neue Schulgebäude wird gleich dem jetzt dabeistehenden Häusern seine Front am Hakelwerk erhalten und aus einem Sou terrain und 3 Stockwerken bestehen. Es soll im

Rothbau nach den Motiven der alten Danziger Architektur errichtet werden. Die Kosten für den Bau sind auf ca. 99 000 M., die Kosten der inneren Ausstattung und der Utensilien auf ca. 16 000 M. veranschlagt. Der Magistrat erhebt nun die Veranlassung, diese 115 000 M. aus dem Capitalvermögen der Stadt zu bewilligen. Nach einer rührenden Bemerkung des Hrn. Skibbe über die häufigen nachträglichen Veränderungen an den neuen Schulbauten, insbesondere über das häufige Experimentiren bei den Heizungs-Anlagen, worauf Hr. v. Winter erwidert, er überlasse es Hrn. Skibbe, sich hierüber von den Mitgliedern der Bau-Deputation Aufschluß geben zu lassen, — wird auch diese Vorlage einstimmig genehmigt.

Die der Stadt gebührenden Gebäude und Maschinen der Pumpstation auf der Kämppe waren bisher nicht versichert. Um jedoch die Stadt im Brandschaden oder Explosionsfalle vor Verlusten zu schützen, sind dieselben seit dem 1. October auf Höhe von 243 840 M. bei der bairischen Hypothek- und Wechselbank versichert worden. Die zum Sahe von 1 1/2 pro Mille für 5 Jahre entrichtete Prämie beläuft sich auf 1251 M. 80 S., wovon 125 M. 13 S. noch auf das gegenwärtige Etatsjahr entfallen und aus dem Extraordinario des Canalisations- und Wasserleitungs-Etats bestritten werden sollen. — Hr. Berenz glaubt, daß es Sache des Herrn Arch sei, diese Versicherung auf seine Kosten zu bewirken. Die Versammlung ist jedoch mit dem Magistrat der Ansicht, daß die Stadt als Eigentümerin die Versicherungspflicht habe, und bewilligt die Summe.

Auf Grund desselben Etatsbittels beantragt der Magistrat die Bewilligung von 5000 M. zu verschiedenen Arbeiten behufs größerer Sicherung des Haupt-Zuleitungsrohres der Wasserleitung gegen Frost- und Bruchschäden. Die wiederholten, sehr empfindlichen Störungen verursachenden Rohrbrüche bei Böllan und Bankan im Winter 1875 hätten bewiesen, daß die betreffende Rohrstraße den Einflüssen außerordentlichster Terrain-Verhältnisse unterliege und die in Folge dessen angestellten sorgfältigen Untersuchungen und Beobachtungen haben bestätigt, daß die Lage des Rohres nahe der Rabannen-Böschung und die geringe Festigkeit des hier überwiegend aus Sand bestehenden Gerölles die Sicherheit des Rohres nachhaltig gefährdet erscheinen lassen. Es soll nun die Rabannen-Böschung durch terrassirte Felsarbeiten befestigt und die Anlage durch kleine Buhnen gegen den Strom gesichert, ferner soll ein dort befindlicher Dögel abgetragen und eine Anzahl kleiner Tümpel ausgefüllt werden, um so der leichtesten Beweglichkeit des Terrains vorzubeugen. Diese Arbeiten, sowie die an benachbarte Grundstücksbesitzer zu zahlenden Entschädigungen werden den obigen Kosten-Aufwand erfordern. Ferner hält der Magistrat es für erforderlich und behufs Sicherung des Wasserleitungsbetriebes sehr nützlich, eine telegraphische Leitung zwischen dem Stadthofe und dem Wärrer-Etablissement zu Prangenan herzustellen und fordert hierzu ferner 3900 M. Beide Beträge werden bewilligt und ebenso wird eine Erhöhung der Etatstitel für derartige Arbeiten um 4500 M. genehmigt.

Der vor dem Divaerthore, links neben dem nach Neufahrwasser führenden Wege, befindliche Gemüll-Abblaspel ist mit Gemüll so überhäuft, daß es für die Gemüllfarren selbst in trockner Jahreszeit und mittels Vorpannes kaum noch möglich ist, zu demselben zu gelangen. Die K. Fortifikation hat bereits die Beseitigung dieser Gemüllmassen verlangt und ist denn auch schon im fanariischen Interesse die schleunigste Beseitigung dieser großen Menge von Fäulnisstoffen erforderlich. Der Magistrat hat daher den schleunigen Verkauf der ca. 20 000 Fuhren Gemüllmasse in Loosel a. ca. 500 Fuhren angeordnet; es ist indessen auch noch nothwendig, über den anderen, bis jetzt ca. 10 Fuß hoch beschütteten Platz in gleichem Niveau mit dem Neufahrwasserer Wege eine 2 Ruthen breite Fahrstraße herzustellen, wofür die verlangten 1800 M. Seitens der Versammlung bewilligt werden. Der Bürgermeister Medbach erläutert dabei die Magistrats-Vorlage dahin, daß von der Ausbittung des Gemülls wieder Abstand genommen sei und nur günstigere Bedingungen für die Abfuhr aufgestellt seien.

Nachdem durch den Bau der städtischen Turnhalle ansehnliche Räumlichkeiten geschaffen sind, hat der Magistrat eine Erweiterung des Schüler-Turn-Unterrichts in Betracht gezogen; zunächst sollen die an die Schüler der höheren Lehranstalten zu erteilenden Turnstunden verdoppelt werden. Die dazu erforderliche Anstellung von 4 (statt bisher 2) Hilfsturnlehrern, die Erhöhung der Remuneration für dieselben von 300 auf 450 M. jährlich und die Erhöhung des Gehalts für den städtischen Turnlehrer Hrn. Schubart von 1500 auf 1800 M. jährlich wird bewilligt. Ferner bewilligt die Versammlung 60 M. Stellvertretungskosten für die erkrankte Lehrerin Wogek; 680 M. Stellvertretungskosten für die bereits seit Jahren erheblich krank darniederliegende und zur Wiederherstellung ihrer Gesundheit noch auf längere Zeit verurtheilte Lehrerin Nina Jordan; — 55 M. 65 S. Nachschuß zu dem im Etat zu niedrig bemessenen Beitrag für die Schule in Bürgerweien, welcher sich auf 20 S. für jede Markt dort erhobener Klassensteuer beläuft; — 1189 M. für Einrichtung von Badezimmern in den Dienstwohnungen der beiden Lazarath-Ärztze, welche zur Erhaltung der Gesundheit der Aerzte namentlich zu Zeiten ansteigender Epidemien von denselben wiederholt ertheilt worden sind, — und Herstellung kostenfreien Trottoirs vor dem Grundstück der Wittve Kloth, Heiliggeistgasse No. 44, als Entschädigung für Abbruch des vor diesem Hause befindlichen Weichlages.

Zu geheimer Sitzung wählte die Versammlung zum Bezirks-Vorsteher für den 23. Stadtbezirk den Schlossermeister Kaver an Stelle des Fleischermeisters Kraft, welcher die Uebernahme dieses Amtes ablehnte; bewilligte dem Hauptlehrer Lethgau für Aufgabe seiner Dienstwohnung eine Entschädigung von jährlich 300 M.; ferner einer erkrankten Lehrerin 75 M. Unterstützung, und erklärte sich schließlich mit der Wiederwahl der Herren Commerzienrath Witz, Kaufleute Petschow und Wajenhausen zu Pelonten auf fernere 4 Jahre einverstanden.

* Die Land- und forstw. Ztg. bringt einen Bericht über den Zustand von Feld und Vieh in Westpreußen am 1. September 1876. Aus demselben ergiebt sich, daß die Weizenrente fast durchweg gut war, weniger die des Roggens. Der Stand des diesjährigen Klees ist nur in Meye sehr gut. Der erste Schnitt des vorjährigen ergab einen sehr guten Ertrag in Br. Stargard, Schwes, Ehrstburg, Elbing und Riesenburg. Die Ausfichter auf den zweiten Schnitt waren aber fast durchweg schlecht. Erbsen, Hafer und Gerste hatten einen im Allgemeinen befriedigenden Stand. Die Kartoffelernte ist wohl im Durchschnitt gut zu nennen. * Gestern Mittags ward beim Heumarkte die Leiche einer unbekannten, ca. 60 Jahre alten Frau aus der Rabanne gezogen.

* Hr. Stargard, 16. Oct. Der hiesige Turnverein hat in seiner letzten Versammlung die Errichtung einer Turnhalle beschlossen. Die Kosten sind auf 10 000 M. veranschlagt und sollen theils durch Actien a 30 M. von den Vereinsmitgliedern selbst, theils durch ein Amortisationscapital von 3000 M., sowie durch einen Zuschuß Seitens der Commune aufgebracht werden. Letzterer will man die Turnhalle zur Benutzung für den Turnunterricht der Schulen zur Verfügung stellen.

* Graudenz, 16. Oct. Gestern Nacht hatte unsere freiwillige Feuerwehr zum ersten Male Gelegenheit, ihre Thätigkeit zu entfalten. Um 11 1/2 Uhr ging der Gasfall des Gastwirths Klam in Rehdorf, 1/2 Meile

Antritt. Gef. Off. mit Angabe näherer Beding., sowie des Honorars, werden unter 2867 in der Exped. d. Ztg. erbeten.

